

»Der Vorfall macht mich traurig«

Ausstellung zu Antisemitismus: Unbekannte bringen antiisraelische Aufkleber an – Anzeige erstattet

VON BENJAMIN LEMPER

Gießen. Antisemitismus findet überall statt – auf der Straße, in der Bahn oder auf dem Campus. Dafür soll auch mit der Wanderausstellung »Ja, DAS ist Antisemitismus!« sensibilisiert werden, die nach der Premiere in Marburg aktuell noch bis zum 29. August in der Unibibliothek (Otto-Behaghel-Straße 8) zu sehen ist. Dort haben Unbekannte in der vergangenen Woche mehrere Aufkleber mit palästinensischer Flagge an Scheiben und Bannern angebracht, die zum Boykott »israelischer Apartheid« aufrufen. Sie konnten ohne Rückstände wieder entfernt werden, Sachbeschädigungen sind wohl ausgeblieben. Die Justus-Liebig-Universität (JLU) wird Strafanzeige stellen, heißt es auf Anfrage aus der Pressestelle.

»Der Vorfall macht mich traurig. Wir befassen uns hier mit der Perspektive von Betroffenen und möchten verdeutlichen, was Antisemitismus auslöst – Angst, Traurigkeit und Sorgen«, betont Dr. Susanne Urban, Projektleiterin der für die Schau verantwortlichen Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS), im Gespräch mit dem Anzeiger. »Betroffene von Antisemitismus werden so ein zweites Mal verletzt.«

Provokationen

Antisemitische Ressentiments und Übergriffe gibt es freilich nicht erst seit dem 7. Oktober 2023. Doch seitdem die Hamas das Massaker verübt, 240 Geiseln genommen und das israelische Militär im Gazastreifen massiv zurückgeschlagen hat, sind nicht nur unzählige unschuldige Menschen getötet worden, die Stimmung ist so aufgeheizt, feindselig und hass erfüllt wie lange nicht. Wiederholt wird der rechtsgerichteten Regierung von Benjamin Net-



»Ja, DAS ist Antisemitismus!«: Die Ausstellung in der Universitätsbibliothek zeigt noch bis zum 29. August »jüdische Erfahrungen in Hessen«.

Foto: JLU/Katrina Friese

anjahu »Völkermord« vorgeworfen, auch von pro-palästinensischen Gruppen in Gießen.

Die Ausstellung in der UB schildert anonymisiert authentische antisemitische Ereignisse aus Hessen, bei denen Jüdinnen und Juden in den vergangenen zwei Jahren unterschiedliche Reaktionen erlebt haben: Ignoranz, Gelächter, Beschimpfungen, Beschwichtigung, Relativierung, aber auch Solidarität. Das gelte es ernstzunehmen und dürfe nicht als »Empfindlichkeit« abgetan werden, erklärt Urban. Es brauche Anerkennung und Empathie, um zu verstehen, dass Antisemitismus »auch in der Gegenwart virulent ist und nicht allein in der Vergangenheit verortet oder ausschließlich bestimmten Gruppen zugewiesen werden kann«. Die Illustratorinnen Sophia Hirsch und Büke Schwarz haben die Erfahrungen in Bildgeschichten umgesetzt.

Bereits bei der Eröffnung En-

de Juni soll es Provokationen gegeben haben. So sei etwa ein großes Palästinensertuch auf einem Tisch ausgebreitet worden. Jemand habe die Reden aufgenommen, und in den Sozialen Medien soll die Ausstellung unter anderem deshalb diskreditiert worden sein, weil sie auch Fälle von israelbezogenem Antisemitismus darstellt.

Entschieden tritt Susanne Urban nun der Behauptung entgegen, Israel sei ein Apartheidstaat. Der Vorwurf zielt nämlich gar nicht darauf ab, Kritik zu üben an Rassismus oder Diskriminierungen, wie sie in jeder Gesellschaft zu beobachten seien. Es gehe lediglich darum, »den israelischen Staat zu dämonisieren und zu delegitimieren«. Zugleich würden dadurch sogar »das einstige Apartheid-Regime Südafrikas und dessen Verbrechen verharmlost«. »Apartheid« sei ein völkerrechtlicher Begriff, der sich auf eine »Rassentrennung« innerhalb ei-

nes Staates beziehe, so Urban. »Schwarze Personen waren in Südafrika etlichen Verboten unterworfen. In Israel leben beispielsweise auch äthiopische Juden und Jüdinnen, die aus dem Jemen, dem Irak oder anderen Ländern stammen. Sie sind gleichberechtigt. Minderheiten besetzen hochrangige Positionen und bekleiden öffentliche Ämter, sie sind in allen Gesellschafts- und Lebensbereichen vertreten und integriert. Arabische Israelis, christliche Israelis oder Drusen sind Polizisten, Richter, Sicherheitskräfte und Ärzte.«

Null Toleranz

Wie die JLU mitteilt, kontrolliert der in der UB außerhalb der normalen Dienstzeiten eingesetzte Wachdienst in den Abendstunden und am Wochenende mehrfach den Ausstellungsraum. Er habe die Anweisung, außergewöhnliche

Vorfälle oder Beschädigungen unverzüglich zu melden oder bei Bedarf den Raum zu schließen. Bisher sei dies nicht erforderlich gewesen. Während der Dienstzeiten hätten wiederum die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der UB ein Auge auf die Ausstellung.

Insgesamt hat die JLU seit dem Angriff der Hamas bislang sieben Mal in diesem Zusammenhang Anzeige erstattet. Dabei ging es hauptsächlich um Flugblätter/Aufkleber respektive Schmierereien. Präsidium und Senat hatten bereits im November in einer Stellungnahme versichert, »Antisemitismus auf dem Campus unter keinen Umständen zu tolerieren«. Jeder Ansatz dazu werde sofort unterbunden, allen Studierenden und Beschäftigten, die antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt sind oder sich in der aktuellen Situation unsicher fühlen, werde Unterstützung angeboten.